

Motorradfahrer über Gutachten erfreut

Hochtaunus – Das lange Warten hat ein Ende. Am heutigen Abend wird im Landratsamt präsentiert, was die vieldiskutierten Streckensperrungen für Motorradfahrer rund um den Feldberg gebracht haben und welche Konsequenzen aus Sicht des Kreises zu ziehen sind. Die Basis dafür bilden die Ergebnisse aus dem Verkehrsversuch des Jahres 2022 (Stichwort: Lärmpausen). Wer schon vor der Präsentation wissen will, was die Auswertungen im Kern ergeben haben, wird bei den Vorlägen zur Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Verkehr und Umwelt am morgigen Donnerstag (18 Uhr, Landratsamt, Raum Taunus) fündig. Darin heißt es: „Die im Rahmen der fachlichen Analyse gewonnenen Erkenntnisse reichten auf Grundlage der Straßenverkehrsordnung und weiterer maßgeblicher Vorschriften die dauerhafte Anordnung von Streckensperrungen im untersuchten Gebiet nicht.“

Vor allem der Bundesverband der Motorradfahrer (BVDM) hat mit großem Interesse auf das Gutachten gewartet und das Ergebnis gestern in einer Presseerklärung „ausdrücklich begrüßt“. Weiter heißt es: „Der BVDM hatte bereits im

November 2021 mündlich und schriftlich dargestellt, dass in der Feldbergregion Motorradstreckensperrungen nicht notwendig sind und juristisch auch nicht legitimiert werden können.“ Der „Verkehrsversuch“ im Jahr 2022, auf den sich das nun vorliegende Gutachten beziehe, sei zustande gekommen, weil der BVDM im November 2021 juristische Schritte gegen Streckensperrungen (die zunächst ohne begleitenden Verkehrsversuch geplant waren) unternahm. Erst der zusätzlich angeordnete „Verkehrsversuch“ habe die Motorradfahrerverbote rechtssicher möglich gemacht.

Der Bundesverband gibt sich versöhnlich: „Dieses Gutachten beendet nunmehr nach fünf Jahren die Auseinandersetzungen des BVDM mit dem Landrat des Hochtaunuskreises in Bezug auf Motorradfahrerverbote in der Feldbergregion“, so Vorstandsmitglied Rainer Mohr.

Auch die Kreisverwaltung setzt auf Verständigung und kündigt in der Vorlage für die Ausschusssitzung im Dezember sogar eine „Zukunftswerkstatt zur Fortsetzung eines zielgerichteten Dialogs mit den Interessengruppen“ an, wie es heißt.